

18. Wahlperiode

**Dringlicher Antrag auf Annahme einer
Entschließung**

der Fraktion der CDU

**Der Regierende Bürgermeister muss handeln:
Bildungspolitischer Neuanfang nach Schulöffnungsdesaster, Führung in der Pandemie
und durch die Krise sicherstellen, Gesundheit & Bildung für unsere Kinder und Eltern
gewährleisten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit seinem Zickzack-Kurs der Schulöffnungen hat der Senat erneut für große Verunsicherung in den Berliner Familien gesorgt. Statt die Ausbreitung des Virus wirksam zu bekämpfen, bekämpft der Senat den Eltern- und Schülerwillen.

Zum unendlich wiederholten Mal zeigt sich, wie falsch eine Schulpolitik ist, die beratungsresistent mit dem Kopf durch die Wand will. Die berechtigte Sachkritik an der Schulpolitik reißt nicht ab, in der Sache missbilligt das Parlament damit dauerhaft die schlechte Leistung der Bildungsministerin: bei der Schulsanierung und dem Schulneubau, bei der Lehrkräfteausstattung, dem digitalen Lehren und Lernen und nicht zuletzt beim Bildungsmanagement in der Pandemie, der Sicherstellung der Bildung und Gesundheit unserer Kinder.

Eine bloße Missbilligung für das unverantwortliche Schulöffnungsdesaster der vergangenen Woche ist daher unzureichend. Der Regierende Bürgermeister muss mit der Entlassung seiner Schulministerin für einen Neuanfang in der Schul- und Bildungspolitik sorgen, ein „Weiter-so“ darf es nicht mehr geben. Mitnichten handelt es sich hier und in der Vergangenheit um reine Kommunikationsprobleme.

Berlins Familien, die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte und damit die Schulen brauchen jetzt Sicherheit und Verlässlichkeit. Der Stopp des Präsenzunterrichts ist schmerzhaft

und ermöglicht keinen normalen Schulalltag. Wir leben aber auch nicht in normalen Zeiten. Unsere gemeinsame Aufgabe ist, die Gesundheit unserer Kinder, Jugendlichen und Lehrkräfte sicherzustellen. Eine transparente, frühzeitige Kommunikation und die Einbindung der Schulgremien, Elternvertretungen, Vertretungen des pädagogischen Personals sowie der Schülerinnen und Schüler sind dabei eine Grundvoraussetzung.

Die Bildungssenatorin und ihre Staatssekretärin haben in den letzten 11 Monaten in erschreckender Deutlichkeit bewiesen, dass sie auch in dieser Pandemie überfordert sind.

Der Regierende Bürgermeister hat in den letzten 11 Monaten bewiesen, dass er sich um die Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder sowie des pädagogischen Personals nicht gekümmert hat. Dies widerspricht seiner Richtlinienkompetenz und Führungsverantwortung. Entweder der Regierende Bürgermeister trägt dafür Sorge, dass umgehend die Bildungsverwaltung kompetent geführt und damit die Krise erfolgreich und gut kommuniziert gehandhabt wird oder er ist mit seiner Aufgabe erkennbar selber überfordert.

Begründung

Gesundheit und Bildung sind jeweils ein hohes Gut. Gesundheit zu schützen und Bildung zu gewährleisten, ist die Aufgabe des Berliner Senats.

Senatorin Scheeres hat es mehrfach versäumt, ihrem Arbeitsauftrag gerecht zu werden. Über viele Jahre hat sie nachhaltig die drängenden Probleme in der Berliner Schullandschaft nicht lösen können. Über viele Monate in der Pandemie hat sie es nicht vermocht, Antworten auf die dringendsten Fragestellungen zu finden. Sie ließ damit nicht nur die Schülerinnen und Schüler im Stich, sondern auch Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen. Planungssicherheit ist in dieser Krise zum Fremdwort mutiert. Schulleitungen dürfen sich glücklich schätzen, mehr als einen Tag Vorbereitung zu bekommen für grundlegende Änderungen des schulischen Alltags.

Der Zickzack-Kurs der Bildungssenatorin bei der Schul-nicht-Öffnung nach den Weihnachtsferien steht beispielhaft für eine Amtszeit voller Enttäuschungen und Frust. Am 4. Januar 2021 traf die KMK den gemeinsamen Beschluss, die Wiederaufnahme des Präsenzbetriebs der Schulen an eine deutliche Besserung der Infektionssituation zu koppeln. Am 5. Januar 2021 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit der Bundeskanzlerin, den nationalen Lockdown bis zum 31. Januar 2021 zu verlängern und damit auch die Präsenzpflcht an Schulen auszusetzen. Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin.

“Unsere Zahlen geben das noch nicht her, dass wir wieder in den Präsenzunterricht gehen“, so Regierender Müller am 6. Januar 2021 im Morgenmagazin der ARD.

Noch am selben Tag verkündet Senatorin Scheeres, dass „abschlussrelevante Jahrgänge“ und danach die „jüngsten Grundschulkinder“ wieder in Präsenz beschult werden. Konträr zu der Aussage im Morgenmagazin von Herrn Regierenden Bürgermeister Michael Müller, bedauert

Senatorin Scheeres sogar, dass nicht noch mehr Schülerinnen und Schüler in Präsenz unterrichtet werden können. Wörtlich sagt sie: „Die Infektionslage erfordert es leider, dass noch nicht mehr Schülerinnen und Schüler in den Präsenzunterricht wechseln können“.

Am 7. Januar 2021 hieß es im Plenum des Berliner Abgeordnetenhauses dann außerdem von Senatorin Scheeres: „Es ist eine bewusste Entscheidung, eine durchdachte Entscheidung, jetzt stufenweise behutsam in die Schule wieder einzusteigen.“

Frau Senatorin Scheeres setzte sich hiermit über den Beschluss der KMK sowie über den der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin hinweg und beschloss starrsinnig, die Schulen bereits am 11.01.2021 in den Präsenzbetrieb zurückkehren zu lassen. Im Tagesspiegel am 8. Januar 2021 betonte sie weiter, sie habe angeblich „genau das gemacht, was Eltern und Schulleitungen sich gewünscht haben.“

Lediglich einen Tag später, am 8. Januar 2021, nach dem Rückzug der GEW aus dem Hygienebeirat Schule, massiver Kritik aus den Reihen der Eltern, Lehrkräfte und von der CDU-Fraktion änderte unter diesem starken Druck Senatorin Scheeres ihren Kurs plötzlich. Von breit angelegten Schulöffnungen war auf einmal keine Rede mehr: „Es ist kein Chaos, wenn man Vorschläge mit Gremien abstimmt und die dann vom Senat beschlossen werden.“¹ Auch bei der Definition von Chaos lässt diese Bildungsministerin jedes Maß vermissen.

Wiederholt hat sich die CDU-Fraktion als konstruktiver Partner in der Bildungspolitik angeboten. Wiederholt hat die CDU-Fraktion Vorschläge gemacht und Anträge eingereicht, um auch kurzfristig eine Besserung der jahrelangen Vernachlässigung zu erreichen. Unsere Angebote wurden allesamt abgelehnt, nicht in Erwägung gezogen.

In einer Krise liegt das Brennglas auch über den politischen Akteuren und offenbart Schwachstellen noch viel deutlicher. Bildungsministerin Scheeres ist eine solche Schwachstelle. Für unsere Schülerinnen und Schüler, für unsere Lehrkräfte, für unsere Eltern: keinen Tag länger können wir es verantworten, diese Ministerin im Amt zu lassen.

Wir fordern den Regierenden Bürgermeister auf, seiner Verantwortung für unsere Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern und Lehrkräfte endlich gerecht zu werden und für eine kompetente Führung des Bildungsressorts zu sorgen. Dafür ist die aktuelle Bildungsministerin zu entlassen.

Berlin, 12. Januar 2021

Dregger Stettner Melzer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/spd-landesvorsitzende-giffey-musste-intervenieren-so-kam-es-zur-berliner-schuloeffnungs-kehrtwende/26782116.html>